

Postulat:

Februar 2026

Prüfung des Beitritts der Stadt Aarau zum Meldetool «Zürich schaut hin¹»

Antrag

Der Stadtrat wird beauftragt eine Machbarkeitsprüfung durchzuführen, ob und in welcher Form sich die Stadt Aarau dem von der Stadt Zürich betriebenen Meldetool «Zürich schaut hin» gegen Belästigungen und Diskriminierungen anschliessen kann.

Dabei sind insbesondere Nutzen, Kosten sowie die Einbettung in bestehende städtische Strukturen und Angebote darzulegen.

Begründung

Sexuelle, sexistische, homo- und transfeindliche Belästigungen und diskriminierende Übergriffe im Allgemeinen sind im öffentlichen Raum auch in mittelgrossen Städten ein reales Thema. Betroffene melden Vorfälle jedoch häufig nicht bei der Polizei oder offiziellen Stellen – sei es aus Scham, aus Unsicherheit, weil sie den Vorfall als „nicht gravierend genug“ einstufen oder weil weitere Anlaufstellen für Meldungen schlichtweg nicht klar sind. Dadurch bleiben Ausmass und Orte solcher Vorfälle oft unsichtbar.

Mit dem Online-Meldetool der Kampagne ‚Zürich schaut hin‘ bietet die Stadt Zürich eine niederschwellige Möglichkeit, Belästigungen und Diskriminierung anonym zu melden, sich zu informieren und auf Unterstützungsangebote hingewiesen zu werden.

Gemäss Medienberichten wird das Tool rege genutzt, im Schnitt gehen täglich eineinhalb Meldungen ein. Zudem soll eine Öffnung für weitere Gemeinden geprüft werden². Damit bietet sich für Städte wie Aarau die Chance, auf eine bestehende, erprobte Lösung zurückzugreifen, anstatt ein eigenes System neu entwickeln zu müssen.

Auch die Städte Bern sowie Luzern haben die Problematik aufgegriffen und in der Folge ein vergleichbares Instrument sowie begleitende Sensibilisierungs- und Präventionsmassnahmen

¹ <https://zuerichschauthin.ch/de/>

² [Belästigungen - In Zürich meldet täglich jemand eine sexuelle Belästigung - News - SRF](#)

entwickelt. Dies zeigt, dass auf kommunaler Ebene Handlungsmöglichkeiten bestehen und genutzt werden.

Ein Beitritt oder eine Anbindung an das Zürcher Tool bringt für Aarau mehrere Vorteile:

- niederschwellige Unterstützung und Orientierung für Betroffene
- bessere Datengrundlagen über Problemlagen und Brennpunkte im öffentlichen Raum sowohl im Alltag als auch bei Veranstaltungen
- Stärkung der Präventions- und Sensibilisierungsarbeit
- sichtbares Zeichen, dass die Stadt Belästigung und Diskriminierung ernst nimmt

Das Postulat verlangt keine sofortige Einführung, sondern eine Machbarkeitsprüfung mit einer Beschreibung von Nutzen, Kosten und Einbettung in bestehende Strukturen. So kann der Stadtrat aufzeigen, ob und wie ein solches Angebot für Aarau sinnvoll umgesetzt werden kann.

Benita Leitner, Pro Aarau

Hannah Wey, Grüne

Johanna Dietiker, EVP/EW

Leona Klopfenstein, SP